

**MIT KLAREM KURS.**

**MEHR SICHERHEIT**

**FÜR DEUTSCHLAND.**

**CDU**

**35. PARTEITAG DER CDU DEUTSCHLANDS**

9. bis 10. September 2022 | Deutsche Messe Hannover

E Klarer Kurs für sichere Energie und eine starke Wirtschaft

## Antrag Nr. E 1 Bundesvorstand

### 1.

1 **Klarer Kurs für sichere Energie und eine starke**  
2 **Wirtschaft**

3 **Wir leben in besonders schwierigen Zeiten. Es herrscht**  
4 **Krieg in Europa. Die Preise steigen, die**  
5 **Energieversorgung ist ungewiss, die Wirtschaft**  
6 **stagniert, es droht eine Rezession, wirtschaftlich ziehen**  
7 **dunkle Wolken auf, das Klima wandelt sich spürbar.**  
8 **Viele bisher geltenden Gewissheiten sind in Frage**  
9 **gestellt. Es ist eine Zeit, in der unser Land vor enormen**  
10 **Herausforderungen steht.**

11 **An den wichtigsten Wegmarken unserer Geschichte hat**  
12 **die CDU aus einer grundlegenden Überzeugung heraus**  
13 **die wesentlichen Entscheidungen in den letzten 75**  
14 **Jahren geprägt: Soziale Marktwirtschaft, Westbindung,**  
15 **europäische Einigung, Aussöhnung mit Israel, deutsch-**  
16 **französische und transatlantische Freundschaft,**  
17 **Wiedervereinigung und Bau des europäischen Hauses**  
18 **nach dem Fall der Mauer, Bewältigung der Finanzkrise**  
19 **und das Ziel der Klimaneutralität 2045. Bei manch einer**  
20 **dieser Entscheidungen wurde innenpolitisch intensiv**  
21 **gestritten und diskutiert. Wir sind gemeinsam mit der**  
22 **CSU als Union standhaft geblieben und haben für**  
23 **unsere Überzeugungen gekämpft, auch wenn uns der**  
24 **Wind ins Gesicht wehte. Wir haben auch bewiesen, dass**  
25 **wir das Land erfolgreich durch wirtschaftliche Krisen**  
26 **führen und so den Wohlstand für die Menschen in**  
27 **Deutschland sichern können.**

28 **Auch jetzt ist das Land in einer ernsthaften Krise. Erst**  
29 **die Corona-Pandemie, jetzt die Energiekrise. Für viele**  
30 **fühlen sich die Krisen an wie in einer Endlosschleife. Es**  
31 **ist Zeit, sich auf unsere Grundprinzipien zu besinnen.**  
32 **Wir stehen zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und**  
33 **Freiheit und verteidigen sie – auch wenn dies**  
34 **kurzfristig zu Belastungen in unserem Leben führt.**  
35 **Freiheit hat ihren Preis. Wichtig ist aber, dass die damit**  
36 **einhergehenden Belastungen auch gerecht und**  
37 **solidarisch verteilt werden, damit der gesellschaftliche**  
38 **Zusammenhalt erhalten bleibt.**

39 **Aus Überzeugung unterstützen wir die Ukraine auch**  
40 **mit militärischen Mitteln in ihrem Kampf gegen den**  
41 **russischen Aggressor. Mit der Ukraine verteidigen wir**  
42 **die regelbasierte Ordnung und unsere Werte von**  
43 **Freiheit und Demokratie. Fällt die Ukraine, wird**  
44 **Russland seinen weiteren Plan einer Ausweitung des**  
45 **Krieges gegen die Republik Moldau und das Baltikum**

Zur Ziffer 1 gehören die Anträge E 1 bis E 3.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge E 1 und E 2 in folgender Fassung anzunehmen:

### **Klarer Kurs für sichere Energie und eine starke Wirtschaft**

Wir leben in besonders schwierigen Zeiten. Es herrscht Krieg in Europa. Die Preise steigen, die Energieversorgung ist ungewiss, die Wirtschaft stagniert, es droht eine Rezession, wirtschaftlich ziehen dunkle Wolken auf, das Klima wandelt sich spürbar. Viele bisher geltenden Gewissheiten sind in Frage gestellt. Es ist eine Zeit, in der unser Land vor enormen Herausforderungen steht.

An den wichtigsten Wegmarken unserer Geschichte hat die CDU aus einer grundlegenden Überzeugung heraus die wesentlichen Entscheidungen in den letzten 75 Jahren geprägt: Soziale Marktwirtschaft, Westbindung, europäische Einigung, Aussöhnung mit Israel, deutsch-französische und transatlantische Freundschaft, Wiedervereinigung und Bau des europäischen Hauses nach dem Fall der Mauer, Bewältigung der Finanzkrise und das Ziel der Klimaneutralität 2045. Bei manch einer dieser Entscheidungen wurde innenpolitisch intensiv gestritten und diskutiert. Wir sind gemeinsam mit der CSU als Union standhaft geblieben und haben für unsere Überzeugungen gekämpft, auch wenn uns der Wind ins Gesicht wehte. Wir haben auch bewiesen, dass wir das Land erfolgreich durch wirtschaftliche Krisen führen und so den Wohlstand für die Menschen in Deutschland sichern können.

Auch jetzt ist das Land in einer ernsthaften Krise. Erst die Corona-Pandemie, jetzt die Energiekrise. Für viele fühlen sich die Krisen an wie in einer Endlosschleife. Gerade deshalb ist es wichtig, diese Krise so zu bewältigen, dass wir nicht in die nächste Krise schlittern, weder in eine Verschuldungskrise noch in eine Klimakrise, deren Auswirkungen wir jeweils leider schon heute spüren. Es ist Zeit, sich auf unsere Grundprinzipien zu besinnen. Wir stehen zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit und verteidigen sie – auch wenn dies kurzfristig zu Belastungen in unserem Leben führt. Freiheit hat ihren Preis. Wichtig ist aber, dass die damit einhergehenden Belastungen auch gerecht und solidarisch verteilt werden, damit der gesellschaftliche Zusammenhalt erhalten bleibt.

46 fortsetzen. Wir wollen der Ukraine nicht nur militärisch  
47 helfen, sondern sie auch nach einem Friedensschluss  
48 beim Wiederaufbau und beim Weg in die Europäische  
49 Union unterstützen.

50 Der Krieg hat auch enorme Auswirkungen auf die  
51 Wirtschaft und die Energieversorgung unseres Landes-.  
52 Energie ist eine wesentliche Grundbedingung für unser  
53 Leben und unseren Wohlstand. Erst die Dampfmaschine  
54 und die darauffolgende Industrialisierung ermöglichte  
55 es unseren Vorfahren vor über 200 Jahren, aus der  
56 Armut zu entkommen. Auch heute gilt: Ohne Energie  
57 kein Handwerk, kein Mittelstand und keine Industrie,  
58 ohne Wirtschaft kein Wohlstand. Modernes Leben  
59 benötigt Energie, die bezahlbar sein muss, mehr denn  
60 je. Daher sind Energiefragen immer große  
61 Systemfragen. Die deutsche Wirtschaft steht zeitgleich  
62 vor mehreren großen Herausforderungen:  
63 Globalisierung und Klimawandel, Digitalisierung und  
64 Demografie haben unmittelbare Auswirkungen auf  
65 unsere Unternehmen und die Beschäftigten. Eine  
66 strukturelle Wachstumsschwäche, Arbeits- und  
67 Fachkräftemangel, Rohstoffknappheit und  
68 Unterbrechungen in den Lieferketten kommen hinzu.  
69 Wirtschaftliches Wachstum ist kein Selbstläufer!

70 Die hohen russischen Importanteile bei fossiler Energie  
71 erweisen sich angesichts Putins verbrecherischen  
72 Kriegs als schwere Hypothek. Wir müssen weg davon  
73 mit schnellen Schritten und so bald wie möglich.

74 Wir stehen wirtschaftlich in einem globalen Wettbewerb.  
75 Wir werden ihn bestehen mit der Überzeugung von der  
76 Überlegenheit der sozialen und ökologischen  
77 Marktwirtschaft gegenüber der Planwirtschaft  
78 autokratischer Systeme, mit Technologieführerschaft  
79 durch eine leistungsstarke Forschungs- und  
80 Innovationslandschaft sowie mit konkurrenzfähigen  
81 Rahmenbedingungen.

82 Die dramatisch fortschreitende Erderwärmung  
83 erfordert eine drastische Reduktion unseres  
84 Treibhausgas-Ausstoßes: Deutschland muss bis  
85 spätestens 2045 klimaneutral werden. Allein mit der  
86 Vermeidung von CO<sub>2</sub> – Emissionen werden sich die  
87 Klimaziele aber nicht mehr erreichen lassen. Neben  
88 allen notwendigen Vermeidungsstrategien müssen  
89 schnelle technologische Fortschritte bei der  
90 Abscheidung und Rückgewinnung von CO<sub>2</sub> aus  
91 Produktions- und Verbrennungsprozessen sowie aus  
92 der Atmosphäre hinzukommen. Dann können wir  
93 Klimaneutralität tatsächlich bis 2045 noch erreichen.

Aus Überzeugung unterstützen wir die Ukraine auch mit  
militärischen Mitteln in ihrem Kampf gegen den russi-  
schen Aggressor. Mit der Ukraine verteidigen wir die  
regelbasierte Ordnung und unsere Werte von Freiheit  
und Demokratie. Fällt die Ukraine, wird Russland sei-  
nen weiteren Plan einer Ausweitung des Krieges gegen  
die Republik Moldau und das Baltikum fortsetzen. Wir  
wollen der Ukraine nicht nur militärisch helfen, sondern  
sie auch nach einem Friedensschluss beim Wiederauf-  
bau und beim Weg in die Europäische Union unterstüt-  
zen.

Der Krieg hat auch enorme Auswirkungen auf die Wirt-  
schaft und die Energieversorgung unseres Landes-.  
Energie ist eine wesentliche Grundbedingung für unser  
Leben und unseren Wohlstand. Erst die Dampfmaschi-  
ne und die darauffolgende Industrialisierung ermöglich-  
te es unseren Vorfahren vor über 200 Jahren, aus der  
Armut zu entkommen. Auch heute gilt: Ohne Energie  
kein Handwerk, kein Mittelstand und keine Industrie,  
ohne Wirtschaft kein Wohlstand. Modernes Leben be-  
nötigt Energie, die bezahlbar sein muss, mehr denn je.  
Daher sind Energiefragen immer große Systemfragen.  
Die deutsche Wirtschaft steht zeitgleich vor mehreren  
großen Herausforderungen: Globalisierung und Klima-  
wandel, Digitalisierung und Demografie haben unmit-  
telbare Auswirkungen auf unsere Unternehmen und die  
Beschäftigten. Eine strukturelle Wachstumsschwäche,  
Arbeits- und Fachkräftemangel, Rohstoffknappheit und  
Unterbrechungen in den Lieferketten kommen hinzu.  
Wirtschaftliches Wachstum ist kein Selbstläufer!

Die hohen russischen Importanteile bei fossiler Energie  
erweisen sich angesichts Putins verbrecherischen  
Kriegs als schwere Hypothek. Wir müssen weg davon  
mit schnellen Schritten und so bald wie möglich.

Wir stehen wirtschaftlich in einem globalen Wettbe-  
werb. Wir werden ihn bestehen mit der Überzeugung  
von der Überlegenheit der sozialen und ökologischen  
Marktwirtschaft gegenüber der Planwirtschaft autokrati-  
scher Systeme, mit Technologieführerschaft durch eine  
leistungsstarke Forschungs- und Innovationslandschaft  
sowie mit konkurrenzfähigen Rahmenbedingungen.

Die dramatisch fortschreitende Erderwärmung erfordert  
eine drastische Reduktion unseres Treibhausgas-  
Ausstoßes: Deutschland muss bis spätestens 2045  
klimaneutral werden. Allein mit der Vermeidung von  
CO<sub>2</sub> – Emissionen werden sich die Klimaziele aber  
nicht mehr erreichen lassen. Neben allen notwendigen  
Vermeidungsstrategien müssen schnelle technologi-

94 **Die Stärke der deutschen Wirtschaft ist nicht nur die**  
95 **Grundlage für unseren Sozialstaat, sondern sie wirkt**  
96 **über unsere Grenzen hinaus: Wir haben als größte**  
97 **Volkswirtschaft eine starke und prägende Rolle in**  
98 **Europa. Wir sind als Exportnation Treiber der**  
99 **Globalisierung im positiven Sinne. Wir wollen daher die**  
100 **Stärken der deutschen Wirtschaft für Europa und die**  
101 **Welt erhalten und ausbauen.**

102 **Leider müssen wir feststellen, dass die Ampel-**  
103 **Regierung den großen Herausforderungen nicht**  
104 **gewachsen ist. Zu oft werden Entscheidungen zu spät**  
105 **oder falsch getroffen, werden Lösungswege viel zu eng**  
106 **angelegt oder sie sind schlichtweg handwerklich**  
107 **schlecht gemacht Das betrifft praktische Fragen für**  
108 **Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen, gerade**  
109 **auch die Unternehmen des erfolgreichen deutschen**  
110 **Mittelstands: Werde ich im nächsten Winter meine**  
111 **Wohnung heizen können? Kann ich die nächste**  
112 **Rechnung noch bezahlen? Kann ich mein Unternehmen**  
113 **so noch weiterführen? Aber auch der große Blick auf**  
114 **das Ganze fehlt, nämlich wie Deutschland ein**  
115 **erfolgreicher Wirtschaftsstandort bleibt, mit hohem**  
116 **Zusammenhalt und erfolgreich auf dem Weg zur**  
117 **Klimaneutralität 2045, dem auch andere Länder folgen**  
118 **werden.**

119 **Deutschland kann mehr. Deutschland braucht Klarheit**  
120 **und Verlässlichkeit. Energie muss für alle bezahlbar**  
121 **und sicher sein. Die Rahmenbedingungen für die**  
122 **Wirtschaft müssen strukturell verbessert werden.**  
123 **Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen müssen**  
124 **entlastet werden, damit wir gut durch die Krise kommen.**  
125 **Der Staat erzielt durch die steigenden Energiepreise**  
126 **und die Inflation hohe Steuereinnahmen. Diese müssen**  
127 **umfassend zurückgegeben werden. Der Staat darf kein**  
128 **Krisengewinner sein. Es braucht Entlastungen jetzt!**

sche Fortschritte bei der Abscheidung und Rückgewinnung von CO<sub>2</sub> aus Produktions- und Verbrennungsprozessen sowie aus der Atmosphäre hinzukommen. Dann können wir Klimaneutralität tatsächlich bis 2045 noch erreichen.

Die Stärke der deutschen Wirtschaft ist nicht nur die Grundlage für unseren Sozialstaat, sondern sie wirkt über unsere Grenzen hinaus: Wir haben als größte Volkswirtschaft eine starke und prägende Rolle in Europa. Wir sind als Exportnation Treiber der Globalisierung im positiven Sinne. Wir wollen daher die Stärken der deutschen Wirtschaft für Europa und die Welt erhalten und ausbauen.

Leider müssen wir feststellen, dass die Ampel-Regierung den großen Herausforderungen nicht gewachsen ist. Zu oft werden Entscheidungen zu spät oder falsch getroffen, werden Lösungswege viel zu eng angelegt oder sie sind schlichtweg handwerklich schlecht gemacht Das betrifft praktische Fragen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen, gerade auch die Unternehmen des erfolgreichen deutschen Mittelstands: Werde ich im nächsten Winter meine Wohnung heizen können? Kann ich die nächste Rechnung noch bezahlen? Kann ich mein Unternehmen so noch weiterführen? Aber auch der große Blick auf das Ganze fehlt, nämlich wie Deutschland ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort bleibt, mit hohem Zusammenhalt und erfolgreich auf dem Weg zur Klimaneutralität 2045, dem auch andere Länder folgen werden.

Deutschland kann mehr. Deutschland braucht Klarheit und Verlässlichkeit. Energie muss für alle bezahlbar und sicher sein. Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft müssen strukturell verbessert werden. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen müssen entlastet werden, damit wir gut durch die Krise kommen. Der Staat erzielt durch die steigenden Energiepreise und die Inflation hohe Steuereinnahmen. Diese müssen umfassend zurückgegeben werden. Der Staat darf kein Krisengewinner sein. Es braucht Entlastungen jetzt!

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag E 3 abzulehnen.

**Antrag Nr. E 2 Thomas Heilmann MdB, Axel Voss MdEP, Wiebke Winter**

Zeilen 30 - 30

Nach dem Wort "Endlosschleife." soll folgender Satz eingefügt werden:

"Gerade deshalb ist es wichtig, diese Krise so zu bewältigen, dass wir nicht in die nächste Krise schlittern, weder in eine Verschuldenskrise noch in eine Klimakrise, deren Auswirkungen wir jeweils leider schon heute spüren."

**Antrag Nr. E 3 Thomas Heilmann MdB, Axel Voss MdEP, Wiebke Winter**

Zeilen 87 - 87

Nach den Worten „erreichen lassen.“ wird unter Beibehaltung, aber redaktioneller Umstellung der Zeilen 88 bis 93 folgende Sätze hinzugefügt: "Schnelle technologische Fortschritte bei der Abschaltung und Rückgewinnung von CO<sub>2</sub> aus Produktions- und Verbrennungsprozessen sowie aus der Atmosphäre müssen hinzu kommen, damit wir Klimaneutralität bis 2045 tatsächlich noch erreichen können. Wir brauchen dazu alle Anstrengungen. Das Abscheiden von CO<sub>2</sub> wird einen zusätzlichen finanziellen Aufwand bedeuten, dem keine wertschöpfende Gegenleistung gegenüber stehen wird. Im Sinne der Nachhaltigkeit ist die Vermeidung von CO<sub>2</sub> deshalb günstiger, insbesondere der zügige Ausbau von Erneuerbaren Energien, weil sie gleichzeitig einen volkswirtschaftlichen Mehrwert im wahrsten Sinne produzieren. Das für unsere nachfolgenden Generationen so entscheidende Ziel Klimaneutralität erreichen wir nur, wenn wir parallel anstreben: den maximalen Ausbau von erneuerbaren Energien, die schnelle Transformation unserer Volkswirtschaft und zügige Fortschritte bei den sog. negativen Emissionen."

**Antrag Nr. E 4 Bundesvorstand**

2.

130 Die Energieversorgung muss sicher sein. In einem  
131 modernen Industrieland muss jederzeit ausreichend  
132 Energie verfügbar sein – und dabei darf der  
133 Klimaschutz nicht aus dem Blick geraten. Eine sichere  
134 und klimaneutrale Energieversorgung ist eine Frage  
135 nationaler Sicherheit und Souveränität.  
136 Versorgungspolitische Abhängigkeiten, wie es derzeit  
137 beim russischen Gas der Fall ist, müssen zukünftig  
138 verhindert werden. Deutschland und die Europäische  
139 Union müssen schnellstens zu einer strategisch  
140 souveränen Energieversorgung übergehen. In  
141 Krisenzeiten wie diesen, in denen jede Kilowattstunde  
142 Gas und verlässlicher Strom zählt, müssen alle  
143 bestehenden inländischen Möglichkeiten zur Strom-  
144 und Wärmeerzeugung genutzt werden. Nur so können  
145 wir den aktuellen Angebotsschock überwinden. Denn es  
146 besteht in unserer Marktwirtschaft ein wichtiger  
147 Mechanismus: Wir müssen das Angebot an Energie  
148 erhöhen, dann sinkt auch der Preis wieder. Deutschland  
149 braucht ein Gesamtkonzept für die Energieversorgung  
150 auf unserem Weg hin zur Klimaneutralität 2045. An den  
151 Grundsatzbeschlüssen zum Ausstieg aus der Kohle  
152 und Kernenergie halten wir fest.

153 Ausstiegsplan vorlegen – Versorgung sicherstellen

154 Die Ampel-Regierung hat bis heute keinen  
155 Ausstiegsplan aus russischer Energie vorgelegt,  
156 obwohl der Deutsche Bundestag sie dazu bereits im  
157 April aufgefordert hatte. Dies trägt zur Verunsicherung  
158 an den Energiemärkten bei. Zudem will die  
159 Bundesregierung zum Ende des Jahres 2022 das  
160 europäischen Öl-Embargo auf durch Pipelines nach  
161 Deutschland transportiertes Öl ausweiten. Es muss  
162 sichergestellt werden, dass die ostdeutschen  
163 Raffinerien auf alternativen Transportwegen vollständig  
164 mit dem benötigten Öl versorgt werden. Eine  
165 ausreichende Versorgung Ost- und Mitteldeutschlands  
166 mit Treibstoff muss zu jedem Zeitpunkt gesichert sein.  
167 Zudem muss es eine Garantie für den Erhalt der  
168 wirtschaftlichen Infrastruktur an den ostdeutschen  
169 Raffinerie-Standorten geben.

170 Transparenz schaffen – politische Verantwortung  
171 übernehmen

172 Sollte es im Winter zu Versorgungsengpässen kommen,  
173 müsste die Bundesnetzagentur im Notfall  
174 Entscheidungen von weitreichendem Ausmaß treffen  
175 und Gas zuteilen. Es muss dann entschieden werden,  
176 welche Branchen und welche Produkte systemrelevant  
177 sind und mit dem knappen Gas versorgt würden. Das

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag E 4 anzunehmen.

178 sind Wertenscheidungen, die nicht an die  
179 Bundesnetzagentur delegiert werden können, sondern  
180 politisch verantwortet werden müssen.

181 Gasspeicher besser kontrollieren

182 Gasspeicher sind bzw. waren teilweise in russischer  
183 Hand und damit Teil einer politischen Manövriermasse  
184 geworden. Gasspeicher sind jedoch auch Teil der  
185 kritischen Infrastruktur mit Auswirkungen auf nahezu  
186 alle Lebensbereiche. Wir fordern daher mehr staatliche  
187 Kontrolle über die Gasspeicher. Die Gasspeicher, die  
188 aktuell in russischer Beteiligung sind, müssen  
189 dauerhaft in nationale Verantwortung übernommen  
190 werden. Zudem sollte der Verkauf von Gasspeichern an  
191 ausländische Investoren untersagt werden.

192 Flüssiggas (LNG) schneller beschaffen und einsetzen

193 Wir erwarten von der Ampel-Regierung eine klare  
194 Auskunft darüber, welche zusätzlichen Gaslieferungen  
195 für 2022 und 2023 sie zum Ersatz russischen Gases  
196 gesichert hat. Zudem müssen die für unsere  
197 Gasversorgung wichtigen LNG-Terminals im  
198 niedersächsischen Wilhelmshaven und Stade sowie im  
199 schleswig-holsteinischen Brunsbüttel schnell  
200 genehmigt und gebaut sowie kurzfristig schwimmende  
201 LNG-Terminals wie das in Lubmin genutzt werden. Für  
202 den Westen Deutschlands ist ein Ausbau der Pipeline-  
203 Verbindungen aus den Häfen Antwerpen und Rotterdam  
204 dringend erforderlich. Unsere Nachbarn in Belgien sind  
205 dazu bereit. Sie brauchen aber endlich konkrete  
206 Abnahmezusagen der Bundesregierung. Der Süden  
207 sollte schnellstmöglich an die Häfen in der Adria  
208 angeschlossen werden. Die kurzfristige Beschaffung  
209 von Flüssiggas durch die Gasimporteure muss intensiv  
210 politisch flankiert werden. Im Hinblick auf  
211 Vertragslaufzeiten und die Unterstützung von  
212 Infrastrukturinvestitionen in Lieferländern müssen die  
213 Rahmenbedingungen für kurzfristige Lieferbeziehungen  
214 angepasst werden.

## Antrag Nr. E 5 Bundesvorstand

### 3.

215 Jede Kilowattstunde zählt – Kernkraftwerke  
216 befristet weiterlaufen lassen und Kohlekraftwerke  
217 vorübergehend, aber zügig ans Netz bringen

218 Jede in Deutschland produzierte Kilowattstunde Strom  
219 hilft, die Versorgung zu sichern und den Strompreis zu

Zur Ziffer 3 gehören die Anträge E 5 und E 6.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag E 5 in folgender Fassung anzunehmen:

***Jede Kilowattstunde zählt – Kernkraftwerke befristet weiterlaufen lassen und Kohlekraftwerke vo-***

220 stabilisieren. Ein Weiterbetrieb der Kernkraftwerke ist  
 221 technisch, rechtlich und finanziell möglich; erforderliche  
 222 Brennstäbe können bestellt werden. Neben dem  
 223 notwendigen Wiederanfahren von Braun- und  
 224 Steinkohlekraftwerken aus der Netzreserve und der  
 225 Sicherheitsbereitschaft müssen alle 3 noch laufenden  
 226 Kernkraftwerke über den 31. Dezember 2022 hinaus  
 227 weiterbetrieben werden, so lange dies für die  
 228 Versorgung notwendig ist. Sie produzieren sicheren,  
 229 bezahlbaren, verlässlichen und klimaneutralen Strom.  
 230 Der aktuelle Vorschlag von Bundesminister Habeck, nur  
 231 2 Kernkraftwerke bis Ende April 2023 in die Reserve zu  
 232 überführen, führt hingegen zu höheren Kosten und  
 233 erhöht das Risiko eines Blackouts. Er bedeutet weniger  
 234 Klimaschutz und beschädigt europäische Solidarität.

#### 235 Biomasse intensiver nutzen

236 Die Bedeutung der Biomasse muss gestärkt und der  
 237 Einsatz von Biogas und klimaneutralen Gasen gefördert  
 238 werden. Dazu muss der Biomasse-Deckel endlich  
 239 angehoben werden. Seit Monaten wird hier vorhandenes  
 240 Potential zum Ersatz russischen Gases nicht genutzt.  
 241 Zudem müssen mit einer umfassenden  
 242 Bioenergiestrategie die Weichen neu gestellt werden,  
 243 um Biomasse z. B. als Biomethan als heimischer  
 244 Ressource einen Platz für unsere zukünftige  
 245 nachhaltige Energieversorgung zu ermöglichen. Dabei  
 246 muss auch der von der Bundesregierung geforderte  
 247 Rückbau von Gasnetzen dringend zurückgenommen  
 248 werden.

#### 249 Alle Potenziale der Erneuerbaren Energien nutzen

250 Wir brauchen jetzt einen Turbo für die Erneuerbaren  
 251 Energien, um sie beschleunigt auszubauen. Die  
 252 konsequente Nutzung dieser heimischen Energieträger  
 253 ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur unabhängigen  
 254 Energieversorgung. Neben Windenergie, Photovoltaik  
 255 und Biomasse sind auch die Potenziale der Wasserkraft  
 256 und der Geothermie besser zu nutzen. Ebenfalls wollen  
 257 wir hierbei den nachwachsenden Rohstoff Holz aus  
 258 einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung  
 259 berücksichtigen. Wir fordern dazu eine konzertierte  
 260 Aktion, in der Bund, Länder und Kommunen an einem  
 261 Strang ziehen. Anreize müssen verstärkt und  
 262 Verfahren müssen beschleunigt und vereinfacht  
 263 werden: Pro Erneuerbare-Energien-Anlage muss eine  
 264 digitale Akte genügen. Die Installation und der Betrieb  
 265 einer PV-Anlage auf dem privaten Haus muss endlich  
 266 von allen Steuern und Abgaben befreit werden.  
 267 Unternehmen müssen für Anschaffungen in

### ***rübergehend, aber zügig ans Netz bringen***

Jede in Deutschland produzierte Kilowattstunde Strom hilft, die Versorgung zu sichern und den Strompreis zu stabilisieren. Ein Weiterbetrieb der Kernkraftwerke ist technisch, rechtlich und finanziell möglich; erforderliche Brennstäbe können bestellt werden. Neben dem notwendigen Wiederanfahren von Braun- und Steinkohlekraftwerken aus der Netzreserve und der Sicherheitsbereitschaft müssen alle 3 noch laufenden Kernkraftwerke über den 31. Dezember 2022 hinaus weiterbetrieben werden, so lange dies für die Versorgung notwendig ist. Sie produzieren sicheren, bezahlbaren, verlässlichen und klimaneutralen Strom. Der aktuelle Vorschlag von Bundesminister Habeck, nur 2 Kernkraftwerke bis Ende April 2023 in die Reserve zu überführen, führt hingegen zu höheren Kosten und erhöht das Risiko eines Blackouts. Er bedeutet weniger Klimaschutz und beschädigt europäische Solidarität.

#### ***Biomasse intensiver nutzen***

Die Bedeutung der Biomasse muss gestärkt und der Einsatz von Biogas und klimaneutralen Gasen gefördert werden. Dazu muss der Biomasse-Deckel endlich angehoben werden. Seit Monaten wird hier vorhandenes Potential zum Ersatz russischen Gases nicht genutzt. Zudem müssen mit einer umfassenden Bioenergiestrategie die Weichen neu gestellt werden, um Biomasse z. B. als Biomethan als heimischer Ressource einen Platz für unsere zukünftige nachhaltige Energieversorgung zu ermöglichen. Dabei muss auch der von der Bundesregierung geforderte Rückbau von Gasnetzen dringend zurückgenommen werden.

#### ***Alle Potenziale der Erneuerbaren Energien nutzen***

Wir brauchen jetzt einen Turbo für die Erneuerbaren Energien, um sie beschleunigt auszubauen. Die konsequente Nutzung dieser heimischen Energieträger ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur unabhängigen Energieversorgung. Neben Windenergie, Photovoltaik und Biomasse sind auch die Potenziale der Wasserkraft und der Geothermie besser zu nutzen. Ebenfalls wollen wir hierbei den nachwachsenden Rohstoff Holz aus einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung berücksichtigen. Wir fordern dazu eine konzertierte Aktion, in der Bund, Länder und Kommunen an einem Strang ziehen. Anreize müssen verstärkt und Verfahren müssen beschleunigt und vereinfacht werden: Pro Erneuerbare-Energien-Anlage muss eine digitale Akte genügen. Die Installation und der Betrieb einer PV-Anlage auf dem privaten Haus muss endlich von allen Steuern und Ab-



268 **Klimaschutz bessere Abschreibungsbedingungen**  
 269 **erhalten. Zudem müssen maximale Bearbeitungszeiten**  
 270 **für Genehmigungen im Sinne einer**  
 271 **Genehmigungsfiktion festgesetzt werden. Bei**  
 272 **Windanlagen an Land sollte die Verfahrensdauer nach**  
 273 **Feststellung der Vollständigkeit eines Antrags in der**  
 274 **Regel auf längstens ein halbes Jahr begrenzt werden.**  
 275 **Gleiches gilt für den Ausbau bereits vorhandener**  
 276 **Windräder (Repowering) und für die Verdichtungen**  
 277 **innerhalb von bestehenden Windparks. Ein besonderer**  
 278 **Fokus muss jetzt auf der Erweiterung von offshore**  
 279 **Windanlagen liegen.**

gaben befreit werden, soweit unionsrechtlich möglich. Unternehmen müssen für Anschaffungen in Klimaschutz bessere Abschreibungsbedingungen erhalten. Zudem müssen maximale Bearbeitungszeiten für Genehmigungen im Sinne einer Genehmigungsfiktion festgesetzt werden. Bei Windanlagen an Land sollte die Verfahrensdauer nach Feststellung der Vollständigkeit eines Antrags in der Regel auf längstens ein halbes Jahr begrenzt werden. Gleiches gilt für den Ausbau bereits vorhandener Windräder (Repowering) und für die Verdichtungen innerhalb von bestehenden Windparks. Ein besonderer Fokus muss jetzt auf der Erweiterung von offshore Windanlagen liegen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag E 6 abzulehnen.

## **Antrag Nr. E 6 Thomas Heilmann MdB, Axel Voss MdEP, Wiebke Winter**

Zeilen 228 - 228

Nach dem Wort „Versorgung“ sollen die Worte „In der jetzigen Krise“ eingefügt werden.

## **Antrag Nr. E 7 Bundesvorstand**

### **4.**

280 **Private Stromspeicher für den Markt nutzen**  
 281 **Die Speicher von privaten Solaranlagen, die in**  
 282 **Deutschland schon verbaut und künftig noch zugebaut**  
 283 **werden, sollen als „Zwischenpuffer“ für**  
 284 **überschüssige Energie genutzt und in Koordination**  
 285 **mit den Netzbetreibern zum Einsatz gebracht werden.**  
 286 **Energieeffizienz fördern**  
 287 **Für die Energieeffizienz müssen mehr Anreize**  
 288 **gesetzt werden: durch die Verstärkung bestehender**  
 289 **Förderinstrumente, aber auch durch eine verbesserte**  
 290 **Steuerförderung für Effizienzmaßnahmen wie für**  
 291 **Klimatechnologien insgesamt. Die Devise muss sein:**  
 292 **CO2 runter, Steuern runter. Denn Energie, die nicht**  
 293 **verbraucht wird, muss schließlich nicht erst erzeugt**  
 294 **werden. Zudem muss kurzfristig ein umfassender**  
 295 **Energiesparpakt von Bund, Ländern und Kommunen**

Zur Ziffer 4 gehören die Anträge E 7 und E 8.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag E 7 anzunehmen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag E 8 abzulehnen.

296 initiiert werden.

297 **Spielräume beim EU-Emissionshandel schaffen**

298 **Wir unterstützen den Vorschlag der Europäischen**  
299 **Kommission, Zertifikate aus der Reserve des**  
300 **Emissionshandels zu nehmen und zu versteigern. Die**  
301 **Einnahmen sollen für die Beschleunigung der**  
302 **Investitionen in Erneuerbare Energien, Energieeffizienz,**  
303 **LNG-Terminals und andere Technologien genutzt**  
304 **werden, die uns unabhängiger von russischem Gas**  
305 **machen und sowohl dem Klimaschutz als auch der**  
306 **Preissenkung dienen. Das Argument, dass der Preis**  
307 **dadurch sinkt, dreht sich in diesen Tagen um: Es ist**  
308 **dringend geboten, dass Unternehmen und**  
309 **Stromverbraucher von Kosten entlastet werden.**  
310 **Klimaziele für 2030 können dadurch erreicht werden,**  
311 **dass in späteren Jahren die Zertifikate wieder in die**  
312 **Reserve gelangen.**

313 **Netzausbau beschleunigen**

314 **Um unsere Energieinfrastruktur zu stärken, muss der**  
315 **nationale und transnationale Strom- und**  
316 **Gasnetzausbau, für den der Bundestag ein**  
317 **überragendes öffentliches Interesse festgestellt hat,**  
318 **nochmals verstärkt und beschleunigt werden. Trassen**  
319 **müssen gebündelt und anwohnerverträglich realisiert**  
320 **werden. Um unsere Energieinfrastruktur zu stärken,**  
321 **muss der nationale und transnationale Netzausbau**  
322 **nochmals verstärkt und beschleunigt werden. Dazu**  
323 **müssen die Programme des europäischen**  
324 **Wiederaufbaufonds viel stärker genutzt werden.**

## **Antrag Nr. E 8 Thomas Heilmann MdB, Axel Voss MdEP, Wiebke Winter**

Zeilen 312 - 312

Nach "...Zertifikate wieder in die Reserve gelangen."  
soll folgender Satz angefügt werden:

„In unserer internationalen Verantwortung als Vorbild  
für ein klimaneutrales Industrieland sprechen wir uns  
für die Beibehaltung des Aufwuchspfads der CO2-  
Abgabe aus.“

## **Antrag Nr. E 9 Bundesvorstand**

325 **Wasserstoff fördern**

326 **Wasserstoff ist der Schlüssel, um Industrie und**  
327 **Klimaneutralität zu verbinden. Hierfür muss mit einem**  
328 **„Bundeswasserstoffnetz“ eine Leitungsinfrastruktur**  
329 **von Nord, Süd, Ost und West umgesetzt werden - keine**  
330 **Region darf abgehängt bleiben. Elektrolyseure zur**  
331 **Erzeugung von Wasserstoff in großindustriellem**  
332 **Maßstab müssen möglichst dort entstehen, wo**  
333 **Energie produziert wird. Die Umsetzung der Nationalen**  
334 **Wasserstoffstrategie muss hierfür beschleunigt und**  
335 **konsequent fortgeführt werden und internationale**  
336 **Kooperationen ausgebaut werden. Die LNG-Terminals,**  
337 **die jetzt entstehen, müssen von vorneherein so**  
338 **ausgerichtet werden, dass sie für Wasserstoffderivate**  
339 **genutzt werden können.**

340 **In Zukunftstechnologie investieren**

341 **Die CDU Deutschlands setzt auf Technologieoffenheit**  
342 **und die Kraft aus Forschung und Innovation. Wir wollen**  
343 **eine innovationsgetriebene Technologie-Agenda**  
344 **aufsetzen, die der deutschen Wirtschaft den**  
345 **Rückenwind geben soll, in 5 bzw. 10 Jahren auf**  
346 **technologischen Schlüsselgebieten wieder**  
347 **Weltmarktführer zu werden und damit Wohlstand zu**  
348 **sichern. In Speichertechnologien wie auch in der**  
349 **Kernfusion kann ein großes Zukunftspotenzial liegen.**  
350 **Deutschland darf hier bei Forschung und Entwicklung**  
351 **nicht hinter anderen Ländern zurückbleiben. Jetzt**  
352 **entscheidet sich, wo weltweit diese Technologie zur**  
353 **Reife entwickelt wird. Auch in Deutschland gibt es**  
354 **Startups, die Zukunftstechnologien aus der**  
355 **Grundlagenforschung auf die nächste Ebene heben**  
356 **wollen. Diese müssen finanziell gefördert und**  
357 **unterstützt werden**

358 **Europapolitisch abgestimmt agieren -**  
359 **Solidaritätsverträge mit Nachbarstaaten schließen**

360 **Eine sichere und verlässliche Energieversorgung ist**  
361 **nicht nur eine nationale Aufgabe, sondern eine**  
362 **gemeinsame Aufgabe der europäischen Staaten. Der**  
363 **europäische Energiemarkt ist ein Binnenmarkt.**  
364 **Deutsche Alleingänge schaden daher nicht nur**  
365 **unserem Ansehen bei internationalen Partnern sondern**  
366 **auch dem Markt als Ganzem. Stärker als bisher muss**  
367 **die Bundesregierung daher europäisch abgestimmt**  
368 **handeln und sich nicht immer wieder ins internationale**  
369 **Abseits stellen. Die nach EU-Recht und**  
370 **Energiesicherungsgesetz notwendigen**  
371 **Solidaritätsabkommen müssen zu diesem Zweck**  
372 **endlich mit allen Nachbarländern Deutschlands**

Zur Ziffer 5 gehört der Antrag E 9.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag E 9 anzunehmen.

373 geschlossen werden. Nur mit ihnen wird europäische  
374 Solidarität im Ernstfall konkret.

## Antrag Nr. E 10 Bundesvorstand

### 6.

#### 375 **II. Für bezahlbare Energie**

376 **Unser Ziel ist klar: Energie muss bezahlbar sein – für**  
377 **alle Haushalte, für Unternehmen und Selbstständige,**  
378 **für soziale und öffentliche Einrichtungen. Nur mit einer**  
379 **verlässlichen Energieversorgung zu**  
380 **wettbewerbsfähigen Preisen werden wir unseren**  
381 **Wohlstand nachhaltig sicherstellen können.**

#### 382 **Gasumlage aufheben**

383 **Die von der Ampel-Regierung beschlossene Gasumlage**  
384 **muss schnellstens wieder aufgehoben werden. Aus der**  
385 **Gasumlage ist eine Chaosumlage geworden. Sie ist**  
386 **handwerklich schlecht gemacht und hat eine soziale**  
387 **Schiefelage. Millionen Betroffene wissen nicht, ob sie nun**  
388 **so kommt oder nicht, wer sie bezahlen muss und wer**  
389 **nicht. Sie belastet unverhältnismäßig private**  
390 **Haushalte und Unternehmen in einer finanziell ohnehin**  
391 **schon angespannten Lage und sie treibt die**  
392 **Inflationsrate weiter nach oben. Und es profitieren zum**  
393 **Teil die falschen von der Umlage, z.B. internationale**  
394 **Konzerne, die Krisengewinner sind. Stattdessen sollten**  
395 **insolvenzgefährdete Gasimporteure gezielt unterstützt**  
396 **werden, sofern dies für die Versorgungssicherheit**  
397 **notwendig ist. Es muss zudem sichergestellt werden,**  
398 **dass die unterstützten Unternehmen das Geld**  
399 **zurückzahlen, wenn es ihnen mittelfristig finanziell**  
400 **besser geht. Wir fordern die Bundesregierung auf, ein**  
401 **entsprechendes Konzept dringend vorzulegen und**  
402 **umzusetzen.**

#### 403 **Preisbremse auf dem Strommarkt einführen**

404 **Der Strompreis explodiert. Grund ist die sehr teure**  
405 **Gasverstromung, die den Marktpreis für Strom**  
406 **bestimmt. Die Ampel-Regierung und die EU-**  
407 **Kommission müssen schnellstmöglich handeln und**  
408 **kurzfristig entschlossen gegensteuern, um diese**  
409 **krisenbedingten Verzerrungen auszugleichen. Es sollte**  
410 **geprüft werden, ob der Großhandelspreis für Strom**  
411 **europäisch gedeckelt wird (Price Cap). Über diese**  
412 **zeitlich eng zu befristenden Notfallinstrumente hinaus,**  
413 **bedarf es einer grundsätzlichen Reform der**  
414 **Preissetzung im Europäischen Strommarkt, welche**

Zur Ziffer 6 gehören die Anträge E 10 und E 11.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag E 10 in folgender Fassung anzunehmen:

#### **II. Für bezahlbare Energie**

Unser Ziel ist klar: Energie muss bezahlbar sein – für alle Haushalte, für Unternehmen und Selbstständige, für soziale und öffentliche Einrichtungen. Nur mit einer verlässlichen Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen werden wir unseren Wohlstand nachhaltig sicherstellen können.

#### ***Gasumlage aufheben***

Die von der Ampel-Regierung beschlossene Gasumlage muss schnellstens wieder aufgehoben werden. Aus der Gasumlage ist eine Chaosumlage geworden. Sie ist handwerklich schlecht gemacht und hat eine soziale Schiefelage. Millionen Betroffene wissen nicht, ob sie nun so kommt oder nicht, wer sie bezahlen muss und wer nicht. Sie belastet unverhältnismäßig private Haushalte und Unternehmen in einer finanziell ohnehin schon angespannten Lage und sie treibt die Inflationsrate weiter nach oben. Und es profitieren zum Teil die falschen von der Umlage, z.B. internationale Konzerne, die Krisengewinner sind. Stattdessen sollten insolvenzgefährdete Gasimporteure gezielt unterstützt werden, sofern dies für die Versorgungssicherheit notwendig ist. Es muss zudem sichergestellt werden, dass die unterstützten Unternehmen das Geld zurückzahlen, wenn es ihnen mittelfristig finanziell besser geht. Wir fordern die Bundesregierung auf, ein entsprechendes Konzept dringend vorzulegen und umzusetzen.

#### ***Preisbremse auf dem Strommarkt einführen***

Der Strompreis explodiert. Grund ist die sehr teure Gasverstromung, die den Marktpreis für Strom bestimmt. Die Ampel-Regierung und die EU-Kommission müssen schnellstmöglich handeln und kurzfristig entschlossen gegensteuern, um diese krisenbedingten Verzerrungen auszugleichen. Es sollte geprüft werden, ob der Großhandelspreis für Gas (Price Cap) gedeckelt wird. Dies hätte einen unmittelbaren Effekt auch auf die Höhe des Strompreises. Über diese zeitlich eng zu be-

415 **extreme Preisverwerfungen einzelner Energieträger**  
 416 **antizipiert. Grundsätzlich muss das**  
 417 **marktwirtschaftliche Design des europäischen**  
 418 **Strommarktes erhalten bleiben, um verlässliche**  
 419 **Anreize für notwendige Investitionen zu setzen.**  
 420 **Energiegrundversorgung einführen**  
 421 **Gas und Strom müssen für alle Menschen bezahlbar**  
 422 **bleiben. Für Strom hat die Ampel-Regierung**  
 423 **entsprechende Maßnahmen angekündigt. Die**  
 424 **konkrete Umsetzung zu Höhe, Zeitpunkt und**  
 425 **Finanzierung bleibt allerdings völlig offen. Eine totale**  
 426 **Leerstelle bei den Vorschlägen der Regierung gibt es**  
 427 **beim größten Problem: dem extrem hohen Gaspreis.**  
 428 **Hier sind dringend Entlastungen nötig. Stattdessen**  
 429 **werden die Menschen mit der Einsetzung einer Experten**  
 430 **-Kommission getröstet. Die Bürgerinnen und Bürger**  
 431 **brauchen vor Beginn des Winters Planungssicherheit**  
 432 **und Verlässlichkeit bei den Strom- und Gaspreisen.**  
 433 **Daher fordern wir einen Preisdeckel für einen normalen**  
 434 **Grundbedarf an Strom und Gas für private Haushalte.**  
 435 **Als Gas-Grundbedarf sollen 75 Prozent des**  
 436 **Vorjahresverbrauchs gelten und hierfür ein Preis von**  
 437 **12 Cent pro Kilowattstunde garantiert werden. Dadurch**  
 438 **werden Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen**  
 439 **überproportional entlastet.**

fristenden Notfallinstrumente hinaus, bedarf es einer grundsätzlichen Reform der Preissetzung im Europäischen Strommarkt, welche extreme Preisverwerfungen einzelner Energieträger antizipiert. Grundsätzlich muss das marktwirtschaftliche Design des europäischen Strommarktes erhalten bleiben, um verlässliche Anreize für notwendige Investitionen zu setzen.

### ***Energiegrundversorgung einführen***

Gas und Strom müssen für alle Menschen bezahlbar bleiben. Für Strom hat die Ampel-Regierung entsprechende Maßnahmen angekündigt. Die konkrete Umsetzung zu Höhe, Zeitpunkt und Finanzierung bleibt allerdings völlig offen. Eine totale Leerstelle bei den Vorschlägen der Regierung gibt es beim größten Problem: dem extrem hohen Gaspreis. Hier sind dringend Entlastungen nötig. Stattdessen werden die Menschen mit der Einsetzung einer Experten-Kommission getröstet. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen vor Beginn des Winters Planungssicherheit und Verlässlichkeit bei den Strom- und Gaspreisen.

Daher fordern wir einen Preisdeckel für einen normalen Grundbedarf an Strom und Gas für private Haushalte. Als Gas-Grundbedarf sollen 75 Prozent des Vorjahresverbrauchs gelten und hierfür ein Preis von 12 Cent pro Kilowattstunde garantiert werden. Dadurch werden Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen überproportional entlastet.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag E 11 abzulehnen.

## **Antrag Nr. E 11 Gitta Connemann MdB, Uwe Schneider, Dr. Christoph Ploß MdB**

Zeilen 419 - 419

Hinter Zeile 419 folgenden neuen Abschnitt einfügen:

„Für niedrigere Strompreise längerfristige Stromlieferverträge ermöglichen Der Strombörsenpreis liegt für Terminkontrakte 2023 außerordentlich hoch (aktuell ca. 57-60 Cent pro kWh). Bereits 2024 soll dieser Preis deutlich niedriger (unter 30 Cent) liegen. Dieser soll sich 2025 und 2026 nach aktuellem Stand auf unter 15 Cent pro kWh reduzieren. Angesichts dieser Forward[1]Preise wäre bei einem Vertrag mit vierjähriger

Laufzeit von 2023 bis 2026 ein geringerer Durchschnittspreis möglich als der aktuelle Gegenwartspreis. Verbraucherinnen und Verbraucher würden davon profitieren. Die Laufzeit von Energielieferverträgen ist derzeit bei Verbraucherverträgen auf maximal zwei Jahre begrenzt. Diese Regelung soll dem Verbraucherschutz dienen, kehrt sich jetzt aber in das Gegenteil. Denn je länger die Vertragsdauer, desto niedriger der Durchschnittspreis. Es sollte deshalb die Möglichkeit eröffnet werden, jedenfalls befristet für die Zeit der Energiekrise, Verbrauchern auch den Abschluss längerfristige Energielieferverträge bis zu vier Jahre anzubieten. Zur Absicherung der Mehrkosten angesichts der größeren Volumina für die Lieferanten ist ein neues KfW-Kreditprogramm aufzulegen. So könnten die Strompreise gesenkt werden - mit einer marktwirtschaftlichen Lösung und ohne staatliche Hilfsprogramme.“

## Antrag Nr. E 12 Bundesvorstand

### 7.

440 **EEG-Milliarden für Entlastung bei Stromkosten nutzen**  
 441 **Während Bürgerinnen und Bürger und unsere**  
 442 **Wirtschaft unter den hohen Energiepreisen ächzen, sitzt**  
 443 **die Ampel-Regierung auf EEG-Mitteln aus Fördertopf**  
 444 **und Haushalt von fast 25 Mrd. Euro. Über viele Jahre**  
 445 **haben die Bürgerinnen und Bürger mit der EEG-Umlage**  
 446 **ihren Teil zum Ausbau der Erneuerbaren beigetragen.**  
 447 **Gerade in dieser schweren Lage ist es angebracht,**  
 448 **nunmehr die Bürgerinnen und Bürger mit Mitteln aus**  
 449 **dem EEG-Topf bei den Stromkosten zu entlasten. Die**  
 450 **Netzentgelte für 2023 sind vollständig auszusetzen und**  
 451 **die Stromsteuer auf den EU-Mindestsatz zu senken.**  
 452 **Zudem sollte die Energiesteuer auf Flüssiggas, Erdgas**  
 453 **und Heizöl befristet reduziert werden.**  
 454 **1000-Euro-Energiepauschale für Menschen mit**  
 455 **geringem Einkommen**  
 456 **Die Energiepauschale von 300 Euro ist angesichts der**  
 457 **stark steigenden Energiepreise für Menschen mit**  
 458 **geringen und mittleren Einkommen zu niedrig. Daher**  
 459 **sollten Haushalte im unteren Einkommensdrittel mit**  
 460 **einer 1000 Euro-Energiepauschale unterstützt werden.**  
 461 **1000 Euro für das untere Einkommensdrittel sind**  
 462 **wichtiger als 300 Euro für alle.**  
 463 **Pendlerinnen und Pendler entlasten**

Zur Ziffer 7 gehören die Anträge E 12 und E 13. Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge E 12 und E 13 in folgender Fassung anzunehmen:

### ***EEG-Milliarden für Entlastung bei Stromkosten nutzen***

Während Bürgerinnen und Bürger und unsere Wirtschaft unter den hohen Energiepreisen ächzen, sitzt die Ampel-Regierung auf EEG-Mitteln aus Fördertopf und Haushalt von fast 25 Mrd. Euro. Über viele Jahre haben die Bürgerinnen und Bürger mit der EEG-Umlage ihren Teil zum Ausbau der Erneuerbaren beigetragen. Gerade in dieser schweren Lage ist es angebracht, nunmehr die Bürgerinnen und Bürger mit Mitteln aus dem EEG-Topf bei den Stromkosten zu entlasten. Die Netzentgelte für 2023 sind vollständig auszusetzen und die Stromsteuer auf den EU-Mindestsatz zu senken. Zudem sollte die Energiesteuer auf Flüssiggas, Erdgas und Heizöl befristet reduziert werden.

### ***1000-Euro-Energiepauschale für Menschen mit geringem Einkommen***

Die Energiepauschale von 300 Euro ist angesichts der stark steigenden Energiepreise für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen zu niedrig. Daher

464 Auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die  
 465 tagtäglich auf das Auto angewiesen sind, um zur Arbeit  
 466 zu kommen, brauchen unsere Unterstützung. Wir  
 467 fordern daher, die erhöhte Entfernungspauschale  
 468 bereits ab dem ersten gefahrenen Kilometer  
 469 rückwirkend ab dem 1. Januar 2022 gelten zu lassen.

470 Ergänzend dazu sollte es für Menschen mit kleinem  
 471 Einkommen und geringem Steuersatz, die von der  
 472 Entfernungspauschale nicht profitieren, ein  
 473 Entfernungsgeld geben, das als Zuschlag ausgezahlt  
 474 wird.

475 **Energiesparen belohnen**

476 **Energiesparen muss sich lohnen. Wir fordern daher**  
 477 **Energie-Bürgergutscheine für alle privaten Haushalte,**  
 478 **die Energie sparen. So könnte beispielsweise jede im**  
 479 **Vergleich zu 2021 eingesparte Kilowattstunde Gas**  
 480 **belohnt werden. Zugleich sollen Bürgerinnen und**  
 481 **Bürger einen 100 Euro Handwerker-Gutschein erhalten,**  
 482 **wenn sie ihre Heizungsanlagen noch in diesem Jahr auf**  
 483 **Effizienz hin überprüfen lassen.**

484 **Strom- und Gassperren verhindern**

485 **Auf Mieterinnen und Mieter kommen hohe**  
 486 **Heizkostennachzahlungen zu. In der derzeit besonders**  
 487 **schwierigen Lage müssen wir verhindern, dass**  
 488 **Nachzahlungsforderungen besonders negative Folgen**  
 489 **haben. Wir fordern für die nächsten sechs Monate ein**  
 490 **Kündigungsmoratorium für alle privaten Strom- und**  
 491 **Gaslieferverträge.**

sollten Haushalte im unteren Einkommensdrittel mit einer 1000 Euro-Energiepauschale unterstützt werden. 1000 Euro für das untere Einkommensdrittel sind wichtiger als 300 Euro für alle.

### ***Pendlerinnen und Pendler entlasten***

Auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die tagtäglich auf das Auto angewiesen sind, um zur Arbeit zu kommen, brauchen unsere Unterstützung. Wir fordern daher, die Entfernungspauschale ab dem ersten Entfernungskilometer signifikant zu erhöhen und rückwirkend ab dem 1. Januar 2022 gelten zu lassen.

Ergänzend dazu sollte es für Menschen mit kleinem Einkommen und geringem Steuersatz, die von der Entfernungspauschale nicht profitieren, eine verbesserte Mobilitätsprämie geben.

### ***Energiesparen belohnen***

Energiesparen muss sich lohnen. Wir fordern daher Energie-Bürgergutscheine für alle privaten Haushalte, die Energie sparen. So könnte beispielsweise jede im Vergleich zu 2021 eingesparte Kilowattstunde Gas belohnt werden. Zugleich sollen Bürgerinnen und Bürger einen 100 Euro Handwerker-Gutschein erhalten, wenn sie ihre Heizungsanlagen noch in diesem Jahr auf Effizienz hin überprüfen lassen.

### ***Strom- und Gassperren verhindern***

Auf Mieterinnen und Mieter kommen hohe Heizkostennachzahlungen zu. In der derzeit besonders schwierigen Lage müssen wir verhindern, dass Nachzahlungsforderungen besonders negative Folgen haben. Wir fordern für die nächsten sechs Monate ein Kündigungsmoratorium für alle privaten Strom- und Gaslieferverträge.

## **Antrag Nr. E 13 Gitta Connemann MdB, Uwe Schneider, Dr. Christoph Ploß MdB**

Zeilen 466 - 491

Streiche: „Wir fordern daher, die erhöhte Entfernungspauschale bereits ab dem ersten gefahrenen Kilometer rückwirkend ab dem 1. Januar 2022 gelten zu lassen.“

Setze: „Wir fordern daher, die Entfernungspauschale ab dem ersten Entfernungskilometer signifikant zu erhöhen und rückwirkend ab dem 1. Januar 2022 gelten zu las-

sen.“

## Antrag Nr. E 14 Bundesvorstand

### 8.

492 **Kommunen als Stabilitätsanker stützen**  
493 **Auf Gemeinden, Städte und Landkreise ist in jeder Krise**  
494 **Verlass. Die Kommunen garantieren für die Menschen**  
495 **die Daseinsvorsorge, die sozialen Leistungen und die**  
496 **Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur. Neben den**  
497 **Energieeinsparungen und der Förderung besserer**  
498 **Energieeffizienz fordern wir für die Kommunen eine**  
499 **gesonderte Unterstützung bei der Energieversorgung.**  
500 **In den kommunalen Kitas, Schulen, Krankenhäusern,**  
501 **Klärwerken, Wasserbereitung und Einrichtungen muss**  
502 **der Betrieb sichergestellt werden.**  
503 **Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen unterstützen**  
504 **Aufgrund der gestiegenen Energiekosten geraten**  
505 **Einrichtungen des Gesundheitssektors und der Pflege in**  
506 **finanzielle Schieflagen. Um zu verhindern, dass**  
507 **Preissteigerungen auf Patienten und Bewohner**  
508 **weitergegeben werden und somit Gesundheit und Pflege**  
509 **teurer wird, müssen Gesundheits- und**  
510 **Pflegeeinrichtungen, ähnlich wie in der Corona-**  
511 **Pandemie, besonders unterstützt werden.**  
512 **Schutzschirm für Stadtwerke aufspannen**  
513 **Die geplante Gasumlage wird die angespannte Lage bei**  
514 **den Stadtwerken zusätzlich verschärfen. Bei**  
515 **Festpreisverträgen und Fernwärme müssen die**  
516 **Versorger in Vorleistung gehen und bleiben zum Teil auf**  
517 **den Kosten sitzen. Wir brauchen Liquiditätshilfen und**  
518 **einen Insolvenzschutz für unsere Stadtwerke.**  
519 **Außerdem muss die KfW ein Bürgschaftsprogramm**  
520 **bereitstellen, damit Stadtwerke für den börslichen und**  
521 **außerbörslichen Handel Sicherheiten hinterlegen**  
522 **können, selbst wenn ihre Kreditlinien schon erreicht**  
523 **sind.**

Zur Ziffer 8 gehört der Antrag E 14.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag E 14 anzunehmen.

## Antrag Nr. E 15 Bundesvorstand

### 9.

524 **III. Für einen starken Wirtschaftsstandort Deutschland**  
525 **Die vielen Unternehmen und Beschäftigten in Industrie,**  
526 **Handwerk und Mittelstand, Familienunternehmen und**

Zur Ziffer 9 gehört der Antrag E 15.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag E 15 anzunehmen.



527 freien Berufen sind zentrale Stützen unseres Landes.  
528 **Gemeinsam erwirtschaften sie unseren Wohlstand, der**  
529 **die Grundlage ist für einen Staat, der Schwachen hilft**  
530 **und in der Krise schützt. Die Unternehmen brauchen die**  
531 **richtigen Rahmenbedingungen, damit sie**  
532 **wettbewerbsfähig bleiben und Arbeitsplätze sowie**  
533 **Wirtschaftswachstum in Deutschland schaffen können.**  
534 **Alle zusammen sind das die Fleißigen in der Mitte der**  
535 **Gesellschaft, die tagtäglich den Laden am Laufen**  
536 **halten.**

537 **Neben gezielten Hilfen in der Krise ist es seit jeher**  
538 **Grundlage unserer Politik, beste Bedingungen für**  
539 **wettbewerbsfähige Unternehmen zu schaffen. So geben**  
540 **wir Freiraum für Innovation und Wachstum. Wir befreien**  
541 **Unternehmen von unnötiger Bürokratie und geben**  
542 **ihnen damit mehr Zeit und Kraft für ihren**  
543 **wirtschaftlichen Erfolg. So sorgen wir für**  
544 **Wettbewerbsfähigkeit und fördern nachhaltiges**  
545 **Wachstum. Angesichts einer anhaltenden**  
546 **Rekordinflation ist eine Stärkung der**  
547 **wachstumsfördernden Angebotspolitik dringend**  
548 **notwendig. Jedes zusätzliche Angebot auf dem Markt**  
549 **senkt die Preise. Dabei setzen wir auf folgende**  
550 **Maßnahmen:**

551 **Unternehmen bei Energiekosten unterstützen**

552 **Immer mehr Betriebe und Unternehmen sind angesichts**  
553 **explodierender Gas- und Strompreise existenziell**  
554 **bedroht. Bereits jetzt kommt es zu ersten Stilllegungen**  
555 **und Schließungen in Industrie und Mittelstand. Die**  
556 **Ampel-Regierung lässt die kleinen und mittleren**  
557 **Betriebe mit ihren Sorgen allein. Die dramatische**  
558 **Situation erfordert für die am stärksten betroffenen**  
559 **Unternehmen unkomplizierten Zugang zu**  
560 **angemessenen Hilfsleistungen. Wir fordern daher, das**  
561 **Energiekostendämpfungsprogramm dringend**  
562 **anzupassen, damit mehr Unternehmen unbürokratisch**  
563 **Unterstützung tatsächlich erhalten. Auch Mittelstand**  
564 **und Handwerk wie beispielsweise Bäckereien müssen**  
565 **Unterstützung erhalten. Dabei sollten Hürden für die**  
566 **Unterstützung energieintensiver Unternehmen**  
567 **abgesenkt und das angekündigte Auktionsprogramm**  
568 **für die Industrie um finanzielle Anreizmechanismen**  
569 **ergänzt werden. Durch die Rekordhöhen bei den**  
570 **Energiepreisen droht eine De-Industrialisierung**  
571 **Deutschlands. Um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu**  
572 **erhalten, muss der vom Bundeskanzler zugesagte**  
573 **Industriestrompreis von vier Cent pro Kilowattstunde**  
574 **zügig eingeführt werden.**

575 **Beschäftigte vor heimlichen Steuererhöhungen**  
576 **schützen**

577 **Die Bundesregierung vergisst offensichtlich die**  
578 **Mittelschicht. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**  
579 **müssen infolge von Lohnsteigerungen zum Ausgleich**  
580 **der Inflation eine höhere Einkommensteuer zahlen, als**  
581 **es gerecht wäre. Dass der Staat sich auf diese Weise**  
582 **bereichert, ist weder sozial noch gerecht. Wir fordern**  
583 **die Ampel-Regierung auf, diese sogenannte kalte**  
584 **Progression auszugleichen und den**  
585 **Einkommensteuertarif an die Inflationsentwicklung**  
586 **anzupassen – und zwar rückwirkend zum 1. Januar**  
587 **2022.**

588 **Belastungsmoratorium jetzt einführen**

589 **Wir brauchen ein Belastungsmoratorium in Deutschland**  
590 **und in der EU. Gerade in der Krise dürfen wir**  
591 **Unternehmen nicht zusätzlich belasten. Wir fordern die**  
592 **Ampel-Regierung daher auf, neue Regelungen, die**  
593 **Unternehmen stärker be- als entlasten, zu stoppen. Die**  
594 **Zeitenwende bedeutet auch, dass neue Prioritäten**  
595 **gesetzt und Regelungen, die nicht direkt der Entlastung**  
596 **der Wirtschaft oder der Herstellung von Sicherheit und**  
597 **Versorgungssicherheit dienen, auf nationaler und**  
598 **europäischer Ebene umgehend gestoppt oder**  
599 **zumindest aufgeschoben werden müssen.**

600 **Unternehmensbesteuerung modernisieren**

601 **Die Unternehmensteuern in Deutschland liegen**  
602 **mittlerweile weit über dem OECD-Durchschnitt. Dies**  
603 **gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.**  
604 **Wir fordern eine mutige Unternehmenssteuerreform.**  
605 **Die Konzepte dazu liegen vor; es muss nur endlich**  
606 **gehandelt werden. Ohne Anreize für Innovationen und**  
607 **Investitionen gibt es keinen Wachstumsimpuls.**

## **Antrag Nr. E 16 Bundesvorstand**

### **10.**

608 **Fach- und Arbeitskräfteoffensive starten**

609 **Kein Arbeitsplatz darf unbesetzt bleiben. Wir fordern**  
610 **daher eine echte Fach- und Arbeitskräfteoffensive,**  
611 **damit unser Land ein attraktiver Standort mit**  
612 **modernsten Standards und gut ausgebildeten**  
613 **Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bleibt. Deutschland**  
614 **muss zum einen das inländische Arbeitskräftepotenzial**  
615 **heben. Arbeit und Leistung müssen sich lohnen. Die**

Zur Ziffer 10 gehört der Antrag E 16.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag E 16 anzunehmen.

616 **Beschäftigungsanreize müssen daher erhöht werden,**  
617 **anstatt sie – wie von der Ampel-Regierung im Rahmen**  
618 **des sogenannten Bürgergeldes – zu reduzieren. Wir**  
619 **wollen auch den Menschen in unserem Land helfen,**  
620 **damit sie ihre Fähigkeiten besser entfalten können.**  
621 **Dazu gehören zum einen flexiblere Arbeitszeitmodelle,**  
622 **zum anderen aber auch z. B. die Umsetzung der**  
623 **Nachmittagsbetreuung an Grundschulen. Wenn Kinder**  
624 **gut betreut sind, dürften sich mehr Eltern entscheiden,**  
625 **etwas länger am Tag zu arbeiten. Zum anderen muss**  
626 **Deutschland für Fachkräfte aus dem Ausland**  
627 **attraktiver werden. So muss ein gesteuerter Zuzug gut**  
628 **ausgebildeter und leistungsbereiter Menschen aus dem**  
629 **Ausland mit Sprachkursen und Weiterbildungen**  
630 **unterstützt werden. Innerhalb der EU haben wir ein**  
631 **enormes Potential an Arbeitnehmern; in den anderen EU**  
632 **-Staaten leben über 360 Millionen Menschen. Zudem**  
633 **müssen die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine schnell**  
634 **in das Schulsystem und den Arbeitsmarkt integriert**  
635 **werden.**

636 **Neue Handelschancen weltweit eröffnen**  
637 **Gerade jetzt müssen wir Unternehmen in Deutschland**  
638 **durch Freihandelsabkommen mehr**  
639 **Handelsmöglichkeiten mit verlässlichen Partnern und**  
640 **auf neuen Märkten schaffen, auch um Abhängigkeiten**  
641 **im Handel, insbesondere mit autoritären Ländern,**  
642 **abzubauen. Zudem erhöhen offene Märkte das**  
643 **Marktangebot. Ein Bundeskanzler der Union wäre mit**  
644 **einem vom Deutschen Bundestag ratifizierten CETA-**  
645 **Abkommen nach Kanada gefahrenstatt mit leeren**  
646 **Händen und leeren Versprechen. Wir fordern daher, das**  
647 **Handelsabkommen mit Kanada (CETA) schnellstens zu**  
648 **ratifizieren sowie weitere Abkommen, insbesondere mit**  
649 **dem Mercosur-Raum, Indien und den USA**  
650 **voranzutreiben.**

651 **Umfassende Verwaltungsreform angehen - Planungs-**  
652 **und Genehmigungsverfahren beschleunigen**  
653 **Planungs- und Genehmigungsverfahren dauern immer**  
654 **noch zu lange und sind ein Hemmnis für Innovation und**  
655 **Wachstum. Wir fordern daher die Ampel-Regierung auf,**  
656 **zügig ein neues Bürokratieentlastungsgesetz**  
657 **vorzulegen, das Unternehmen und Bürger spürbar**  
658 **entlastet. Ein zentraler Baustein sollte die Ausweitung**  
659 **der geltenden Bürokratiebremse zu einer „1 in, 2**  
660 **out“-Regel sein. Die Einführung einer**  
661 **Gründerschutzzone mit einer weitgehenden Befreiung**  
662 **von bürokratischen Vorschriften in den ersten beiden**  
663 **Jahren stärkt unsere Gründungskultur. Zudem fordern**

664 wir die Ampel-Regierung auf, ein umfassendes Gesetz  
665 zur Beschleunigung der Planungs- und  
666 Genehmigungsverfahren in allen Bereichen vorzulegen.  
667 Dazu gehört eine Einschränkung von  
668 Verbandsklagerechten. Verfahrensregelungen, die z. B.  
669 beim Ausbau den Erneuerbaren Energien erfolgreich  
670 zur Beschleunigung beitragen, müssen als „best  
671 practice“ zügig und umfassend auf andere  
672 Anwendungsbereiche übertragen werden.

673 **Offensive für Digitalisierung und Schlüsseltechnologien**

674 Wir brauchen einen Digitalisierungsschub in Wirtschaft,  
675 Verwaltung und Gesellschaft - angefangen bei der  
676 digitalen Infrastruktur über eine bessere digitale  
677 Bildung bis zu einer leistungsfähigen digitalen  
678 Verwaltung. Auch die Veränderungen in einer  
679 modernen, digitalen Arbeitswelt müssen berücksichtigt  
680 und die Wünsche von Beschäftigten und Unternehmen  
681 nach einer flexibleren Arbeitszeitgestaltung aufgegriffen  
682 werden. Eine Modernisierung unseres Staatswesens ist  
683 eine zentrale Aufgabe - sie kommt nicht nur  
684 Bürgerinnen und Bürgern zugute, sondern auch den  
685 Unternehmen, weil sie die meisten Behördenkontakte  
686 haben. Hier ist die Ampel gefordert, die Projekte weiter  
687 voranzubringen, die wir als Union in den vergangenen  
688 Legislaturen auf den Weg gebracht haben:  
689 Onlinezugangsgesetz, Basisregister für  
690 Unternehmensstammdaten, bundesweit einheitliches  
691 Unternehmenskonto, Registermodernisierung.

692 Für Schlüsseltechnologien müssen wir zudem gezielt  
693 Anreize setzen, europäisch gedacht und Ressourcen  
694 gebündelt werden, um Skalierungs- bzw.  
695 Netzwerkeffekte in Schlüsselbereichen zu heben, von  
696 Künstlicher Intelligenz über Wasserstoff bis  
697 Quantentechnologie. Dazu gehört, den Wissenschafts-  
698 und Forschungsstandort Deutschland gezielt zu  
699 stärken, Transfer in Unternehmen und Ausgründungen  
700 zu vereinfachen und Wachstum durch die Umsetzung  
701 des Zukunftsfonds und einer besseren  
702 Mitarbeiterbeteiligung zu ermöglichen.